

«Wir werden ein gutes Team für den Aargau»

Es ist ihr erster gemeinsamer Auftritt als neues Ständeratsduo. Marianne Binder (Mitte) und Thierry Burkart (FDP) geben Einblick in ihre Rolle bei den Bundesratswahlen, erklären den Streit ihrer Parteien und erläutern, wie sie dem Aargau wieder mehr Gewicht geben wollen in Bundesbern.

Rolf Cavalli

Es ist ein Heimspiel für die beiden. Wir sind im 9. Stock des BT-Hochhauses in Baden. Marianne Binder und Thierry Burkart schauen über ihre Heimatstadt. «Es ist schon schön hier.» Hier arbeitete Burkart jahrelang als Rechtsanwalt, hier ist seit jeher Binders Lebensmittelpunkt.

Frau Binder, es ist ein ungeschriebenes Gesetz, sich als Neue im Ständerat in der ersten Session nicht zu Wort zu melden. Wie schwer fällt das Ihnen?

Marianne Binder: (Schmunzelt.) Das ging schon. Am nächsten Mittwoch wird es mir aber schwerer fallen, weil meine Motion zum Verbot von Nazisymbolen behandelt wird, welche die Kommission zur Ablehnung empfiehlt. Ich muss dann jemanden finden, der mich vertritt.

Wie ist Ihr erster Eindruck im Ständerat, den Sie bisher als Nationalrätin nur von aussen erlebt haben?

Binder: Es herrscht Ruhe im Saal, ganz anders als bekanntlich im Nationalrat. Auch die Debatten verlaufen anders. Alle Ratsmitglieder können sich beteiligen. Man hört einander zu. Es ist spannend, die Argumente zu verfolgen. Ich freue mich sehr, nun in der kleinen Kammer zu sitzen.

Thierry Burkart: Ich kann das bestätigen. Im Ständerat hat man Respekt voreinander, und die Kraft des Arguments zählt mehr.

Binder: Der Ständerat ist auch weniger parteipolitisch organisiert, auch in der Sitzordnung...

... Sie sitzen neben SVP-Präsident Marco Chiesa.

Binder: Jetzt nicht mehr. Marco Chiesa hat getauscht, aber nicht mit Mitte-Ständerat Fabio Regazzi, der folglich neben mir wäre, sondern mit Pirmin Schwander, zuvor auf dem Sitz neben Regazzi. Wir hatten dazu nichts zu sagen. So sind jetzt dafür die Tessiner überparteilich vereint (lacht).

Die Bundesratswahlen waren das wichtigste Ereignis der Wintersession. War Beat Jans Ihr Wunsch Kandidat?

Burkart: Das Parlament hat sich für Stabilität und Kontinuität ausgesprochen. Es gab viel Lärm um nichts und viele Geschichten, die aufgebauscht wurden. Ich bin überzeugt, dass Jans für das Amt des Bundesrats alles mitbringt, was es braucht, auch wenn ich natürlich inhaltlich nicht immer einverstanden sein werde mit ihm als SP-Bundesrat.

Frau Binder, haben Sie Beat Jans gewählt?

Binder: Was mein Stimmverhalten betrifft, halte ich mich eigentlich zurück. Aber ausnahmsweise: Ja, ich wählte ihn.

Vom ersten Wahlgang an?

Binder: Ja.

Die Unterstützung eines Kandidaten ausserhalb des SP-Vorschlags kam für Sie nicht infrage?

Binder: Doch. Grundsätzlich ist jeder frei, zu wählen, wen er will. Es ist keine Straftat, Jositsch auf den Zettel zu schreiben. Und es ist schon merkwürdig, wenn ausgerechnet Blocher dazu aufruft, das SP-Ticket zu übergehen. Schliesslich waren es er und die SVP, die beschlossen, jeden aus der Partei zu werfen, der als inoffizieller Kandidat eine Wahl annimmt. Klar verfassungswidrig, dieser Zwang. Vielleicht sollte die SVP einmal über die Bücher und ihre eigene Regelung hinterfragen.

Herr Burkart, Sie kamen in die Schlagzeilen, weil Sie gesagt haben, Sie wissen, dass höchstens drei FDPler Daniel Jositsch gewählt haben. Gilt bei der FDP das Wahlgeheimnis nicht?

Burkart: Selbstverständlich muss mir niemand den Wahlzettel zeigen. Unsere Leute haben von sich aus bestätigt, dass sie Jans oder Pult gewählt haben, so wie es in der Fraktionssitzung einstimmig festgelegt wurde. Und da man sehr eng nebeneinander sitzt, gehe ich davon aus, dass sie mir die Wahrheit gesagt haben. Sie müssen ja vermuten, dass der Nachbar sieht, was man wählt. Ich habe keine Sozialkontrolle oder etwas Ähnliches angeordnet. Das ist Quatsch!

Binder: (Lacht.) Ich hätte mich also nie getraut, dir auf den Zettel zu schauen, Thierry!



Burkart: (Lacht.) Manchmal schreiben die Politiker es so auf, dass man gar nicht anders kann als schauen.

Die Bundesratswahlen würden zunehmend zu einem Machtkartell, bei dem es nur um Parteiinteressen geht. Teilen Sie diese Kritik?

Burkart: Es geht um die Wahl unserer Landesregierung. Das hat mit einer gewissen Ernsthaftigkeit zu tun, auch einer gewissen Würde. Es ist niemand daran gebunden, sich an das Ticket zu halten. Alle sind selbstverständlich frei, zu wählen, wen sie wollen. Aber diese Regelung hat zu einer gewissen Beruhigung geführt nach der Zeit mit Wahl und Abwahl von Metzler und Blocher, wo jeweils im Nachgang die Sachpolitik praktisch blockiert wurde.

Haben wir wirklich die beste Regierung, wenn die Parteien vorentscheiden, wer gewählt wird, und ein Bundesrat dann bleiben kann, so lange er will?

Binder: Es war schon immer so, dass die Parteien die Vorschläge machten. Aber vielleicht könnten es künftig auch wieder mehr als zwei Kandidierende sein; es gibt ja genügend fähige Leute.

Burkart: Es braucht beides: Die Einbindung der grössten Parteien in die Regierung und die geeigneten Persönlichkeiten dazu. Es wäre nicht optimal, wenn das Parlament jemanden in die Regierung wählt, den die eigene Partei überhaupt nicht will.

Es wäre die grosse Chance der Mitte gewesen, den zweiten Sitz zurückzuholen. Gehen Sie einfach davon aus, dass die Mitte in vier Jahren klar stärker als die FDP ist und dann zuschlagen kann?

Binder: Wir wählen niemanden ab. Sonst machen Mitglieder der Landes-



regierung vier Jahre lang Wahlkampf, wenn sie ständig um ihre Wiederwahl fürchten müssen. Das ist schlecht für die Kontinuität.

Mit der Zauberformel sind etwa 30 Prozent des Wahlvolks nicht in der Regierung vertreten.

Burkart: Mit der Wahl eines GLP-Manns als Bundeskanzler sind jetzt praktisch alle im Parlament vertretenen Parteien eingebunden. Auch wenn der Bundeskanzler formell nicht mitstimmen darf, hat er viel Einfluss auf die Landesregierung.

Aber die FDP bleibt übervertreten mit zwei Bundesräten.

Burkart: Ich habe immer gesagt, es brauche eine Bestätigung der Wahlerfolge, um in den Bundesrat zu kommen oder einen zweiten Sitz zu erhalten. Das war bei der SVP auch so. Ich habe aber auch gesagt, wenn die Mitte klar stärker wird als wir, dann gehört bei einer Vakanz der zweite Sitz der FDP neu der Mitte.

Das heisst aber auch: Wenn FDP-Bundesrat Cassis noch viele Jahre weitermachen will, kann die Mitte warten, bis sie grau wird.

Binder: Die klassische Zauberformel hat sich überholt. Wir sollten uns bei einem nächsten Wechsel besser Gedanken darüber machen, wie wir die Wähleranteile gesamthaft in Zukunft besser in der Regierung einbinden können.

Was halten Sie von einer Aufstockung von sieben auf neun Bundesräte?

Burkart: Das Parlament hat diese Forderung in der Vergangenheit abgelehnt. Ich persönlich finde aber schon, man müsste die Aufstockung auf neun Bun-

desräte nochmals ernsthaft anschauen. Meine Partei hatte da bislang aber eine andere Haltung als ich.

Binder: Es könnten auch mehr Staatssekretäre sein, damit diese auch direkt im Parlament Geschäfte vertreten. So wird die Regierung entlastet.

Herr Burkart, Sie halten Mitte-Präsident Gerhard Pfister vor, er habe sich von seinen Prinzipien verabschiedet und sich immer mehr an der SP orientiert. Insbesondere in sozialen und gesundheitspolitischen Fragen. Gilt das auch für Marianne Binder?

Burkart: Ich möchte vorausschicken, dass FDP und Mitte in den letzten vier Jahren im Ständerat sehr gut zusammengearbeitet haben. Im Nationalrat dagegen ist das schwieriger geworden. Vielleicht hat es auch mit den Wahlen zu tun und es wird jetzt wieder besser. Es wäre wichtig für dieses Land. FDP und Mitte sind beides stabilisierende Parteien.

Das sind versöhnliche Töne. Aber zurück zu meiner Frage zu Marianne Binder.

Burkart: Ich kenne das persönliche Wahlverhalten von Marianne Binder im Nationalrat nicht im Detail.

Sie kennen Marianne Binder doch!

Burkart: Klar, ich weiss, dass sie viel bürgerlicher ist als viele ihrer Mitte-Kolleginnen und -Kollegen im Nationalrat. Darum zweifle ich nicht daran, dass wir gut zusammenarbeiten werden, speziell natürlich bei Fragen, die den Aargau betreffen. Wir werden ein gutes Team.

Binder: Der Begriff «bürgerlich», was ist das eigentlich? Ich sehe mich als Mitropolitikerin. Staatspolitisch klar definiert. Was die Einordnung weiter betrifft: Mit meinem Abstimmungsver-

«Der Kanton Aargau wird im Verhältnis zu seiner Grösse und Bedeutung ziemlich marginalisiert in Bern.»

Marianne Binder
Mitte-Ständerätin



Thierry Burkart und Marianne Binder im 9. Stock des BT-Hochhauses.
Bilder: Severin Bigler

Burkart und Binder: Ihre Karriere, ihre neuen Aufgaben

Thierry Burkart ist seit 2019 Ständerat. Er wurde am 22. Oktober mit 105 897 Stimmen im ersten Wahlgang wiedergewählt. Seit 2021 ist der 48-Jährige auch Präsident der FDP Schweiz. Mit 26 wurde Burkart Grossrat. 2014 präsidierte er das Kantonsparlament, während dreier Jahre seine Kantonalpartei. 2015 wurde er in den Nationalrat gewählt, vier Jahre später wechselte er in die kleine Kammer. Seinen Schwerpunkt verlagert Burkart insofern, dass er seinen Sitz in der Sicherheitskommission zugunsten der Umwelt- und Energiekommission aufgibt. Beide zusammen gehen aus sitzungsterminlichen Gründen nicht. Zudem ist Burkart wie bisher in der Verkehrskommission und der Kommission für Wirtschaft und Abgaben. Burkart ist ausgebildet als Jurist und Rechtsanwalt. Er ist in Obersigenthal aufgewachsen und lebt heute mit seiner Partnerin in Lengnau im Zurzibiel.

Marianne Binder-Keller ist am 19. November in einer Stichwahl in den Ständerat gewählt worden. Die Mitte-Politikerin setzte sich mit 84 431 Stimmen gegen SVP-Kandidat Benjamin Giezendanner (79 429 Stimmen) im zweiten Wahlgang durch. Binder wird in drei Kommissionen wirken: in der Geschäftsprüfungskommission, Sicherheitskommission und der Staatspolitischen Kommission. Die heute 65-Jährige ist Mutter von zwei Kindern und stieg später in die Politik ein. Nachdem sie als Kommunikationschefin der CVP Schweiz gearbeitet hatte, politisierte sie von 2013 bis 2019 im Grossen Rat. Seit 2015 ist sie Präsidentin der CVP Aargau beziehungsweise ab 2021 der umbenannten «Mitte». 2019 wurde sie in den Nationalrat gewählt. Politik hat in Binders Familie Tradition. Ihr Vater Anton Keller war CVP-Nationalrat, ihr Schwiegervater Julius Binder für die CVP im National- und Ständerat. Binder lebt in Baden. (az)

halten bin ich viel näher bei der Aargauer FDP-Vertretung als diese etwa bei der SVP. Das zeigen die Ratings und Spiders deutlich.

Burkart: Unter Bürgerlichkeit verstehe ich, mehr auf Eigenverantwortung zu setzen, im Gegensatz zu staatlichen Lösungen für alles.

Herr Burkart, die FDP Aargau hat Binder als zu links abgestempelt und dafür SVP-Kandidat Benjamin Giezendanner unterstützt bei der Ständeratswahl. Wie sehen Sie das?

Burkart: Ich habe mich bewusst rausgehalten, weil ich ja mit beiden gut hätte zusammenarbeiten wollen und können. Aber ich habe es so verstanden, dass die FDP darauf anspielt, dass Binder die Unterstützung der Linken hatte und die SP im Gegenzug von Binder im Fall ihrer Wahl eine linkere Politik forderte.

Binder: Es war eine verunglückte Einschätzung, vor allem auch Begründung seitens der FDP-Parteileitung. Sie hätte besser Stimmfreigabe beschlossen. Viele Freisinnige haben mich trotzdem gewählt. Man kann mich ja nicht vor dem ersten Wahlgang als wirtschaftsfreundliche Politikerin einstufen und über Nacht mutiere ich plötzlich zu einer Art Klimakleberin.

Trotzdem: Sie sind nur auch dank linken Wählerinnen und Wählern Ständerätin geworden, Frau Binder. Also sind Sie diesen mehr verpflichtet als den Rechten.

Binder: Ich sage es offen. Nach dem ersten Wahlgang vom 22. Oktober habe ich mir schon überlegt, ob ich nochmals antreten soll angesichts Giezendanners grossem Vorsprung. Ich habe den anderen Parteien gesagt, ich sei bereit, in diesen Kampf zu steigen. Aber es sei an ihnen, zu entscheiden, inwiefern sie

hinter mir und meinen Positionen als Mittelpolitikerin stehen könnten. Man kennt mich ja. Neue Konzessionen zu machen, wäre nicht glaubwürdig gewesen. Das hat auch niemand erwartet.

So viel zur Vergangenheitsbewältigung. Jetzt sind Sie beide das Ständerats-Duo für den Aargau. Wo wollen Sie sich für den Kanton einsetzen?

Burkart: In den nächsten Jahren stehen grosse Infrastrukturvorlagen an. Etwa der Langtunnel von Altstetten bis Rapperswil zur Entlastung der interregionalen Strecke und um mehr Platz auf der Schiene für den Regionalverkehr zu bekommen. Das ist ein riesiges Projekt und im Aargauer, aber vor allem auch im gesamtschweizerischen Interesse. Denn die Heitersbergstrecke ist das zentrale Nadelöhr im schweizerischen Bahnnetz. Stellen Sie sich vor, ein Unfall würde zu einer Sperrung des Tunnels führen wie jetzt beim Gotthard. Die Schweiz würde nicht mehr funktionieren. Es geht aber um sieben Milliarden Franken. Wir müssen massiv lobbyieren, damit wir da eine Mehrheit bekommen. Das andere ist der Ausbau des Nationalstrassennetzes. Das ist wichtig, sonst weicht der Verkehr noch mehr auf das untergeordnete Strassennetz aus, das unsere Region jetzt schon belastet und den Aargau umso mehr dazu zwingt, das untergeordnete Strassennetz auszubauen.

Binder: Da ziehen wir am gleichen Strick. Dazu könnte man die Wiederaufnahme der Bahnstrecke Winterthur-Basel für den Personenverkehr mit einbeziehen. Meine Motion. Ich hatte dazu bereits ein Treffen mit Bundesrat Rösti und auch positive Signale vom Kanton bekommen. Weiter kämpfe ich für mein Anliegen, die Direktverbindung Baden-Brugg-Bern nicht auf-

zuheben. Der Kanton Aargau wird im Verhältnis zu seiner Grösse und der Bedeutung schon ziemlich marginalisiert in Bern.

Warum glauben Sie?

Burkart: Den Geist, der da atmet, hat man gespürt, als die SBB beschlossen haben, die Züge in Brugg und Baden nicht mehr anzuhalten, wenn sie nach Zürich Verspätung haben. Die Argumentation der SBB war: Es sind halt im Aargau weniger Leute betroffen von der Verspätung als in Zürich. Ich konnte diese absurde Praxis zum Glück stoppen. Unser Vorteil als Kanton ist, dass wir eine Schlüsselposition einnehmen zwischen den Zentren. Der Nachteil ist, dass sich die Bundespolitik stark auf diese Zentren ausrichtet.

Auch Energie- und Klimapolitik wird Sie beide weiter beschäftigen. AKW waren ein FDP-Wahlkampf-

«Ich persönlich finde, man müsste eine Aufstockung auf neun Bundesräte nochmals ernsthaft anschauen.»

Thierry Burkart
FDP-Ständerat

thema. Der Wahlkampf ist vorbei, nehmen Sie jetzt wieder etwas weg vom Gaspedal bei Atomkraft, Herr Burkart?

Burkart: Es geht nicht um Wahlkampf. Es geht darum, wie wir den Strombedarf in Zukunft decken können. Ich habe nie nur Atomenergie betont. Die Medien haben mich einfach gerne darauf reduziert. Es braucht von allem und von allem noch viel mehr. Gemäss ETH benötigen wir bis 2050 fast doppelt so viel Strom wie heute. Das schaffen wir neben dem massiven Ausbau von erneuerbaren Energien nicht ohne Grosskraftwerke. Es sollen gemäss einem Vorstoss von mir, der vom Bundesrat unterstützt wird, zwei Szenarien aufgenommen werden: Weiterbetrieb der bestehenden Kernkraftwerke und neue Kraftwerke an den bestehenden Orten.

Binder: Ich bin in der Nähe von Kernkraftwerken aufgewachsen und habe keine Berührungsängste. Aber momentan haben wir einen Volksentscheid, den wir konsequent umsetzen müssen, nämlich die Energiestrategie 2050. Leider stelle ich eher eine Verhinderungspolitik fest im Umgang mit erneuerbaren Energien. Gegen die Erhöhung von Staumauern, gegen die bessere Füllung von Speicherseen, Energieeffizienz etc., Ich setze mich dafür ein, dass man hier vorwärtsmacht.

Burkart: Die Energiestrategie, die Marianne Binder anspricht, sieht unter anderem vor, dass man Gaskraftwerke baut. Aber mit dem neuen Volksentscheid, dem Ja zum Klimaschutzgesetz und dem Ziel der CO₂-Neutralität ist das nicht mehr aufrechtzuerhalten.

Eine Knacknuss ist auch die Europapolitik. Der Bundesrat will die Verhandlungen mit der EU wieder aufnehmen. Sind Sie zuversichtlich, dass es in absehbarer Zeit zu einer Lösung kommt.

Binder: Ich mache mich stark für eine Lösung mit Europa, es braucht Konzessionen von allen Seiten. Die Zusammenarbeit mit der EU ist enorm wichtig für uns, für den Exportkanton Aargau besonders.

Sie haben das ursprüngliche Rahmenabkommen ja für tot erklärt, Herr Burkart...

Binder: ...ich übrigens auch.

Burkart: Ja, und jetzt haben wir eine Chance, den bilateralen Weg mit einem verbesserten und mehrheitsfähigen Abkommen weiterzuführen. Aber: Um die Akzeptanz der Bevölkerung bei der Personenfreizügigkeit zu erhalten, müssen wir konsequenter sein im Asylwesen. Heisst, die Leute ohne Bleiberecht schnell zurückschaffen.

Binder: Der Asylbereich ist im Vergleich zur gesamten Migration klein, darum muss man die Diskussion trennen. Die Rechte hat das bewusst vermischt im Wahlkampf.

Burkart: Ich will Asyl und Personenfreizügigkeit auch nicht vermischen. Es

geht mir um die Akzeptanz der Bevölkerung für die Migration. Die Bevölkerung ist zunehmend skeptisch. Darum erwartet sie von der Politik Konsequenzen. Wenn wir nichts machen, gefährden wir auch die Akzeptanz im Bereich der Personenfreizügigkeit. Gerade der Aargau ist aber darauf angewiesen.

Binder: Wir hätten grosse Möglichkeiten, die Zuwanderung zu beschränken. Dafür muss aber die Wirtschaft mitspielen. Beim Fachkräftemangel sollte man halt weniger auf ausländische und oft günstigere Arbeitskräfte setzen und dafür das grosse Potenzial im Inland nutzen. Beispielsweise ältere Arbeitskräfte und Frauen. Dazu braucht es aber eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit.

Burkart: Bei der Personenfreizügigkeit bin ich einverstanden. Wenn wir die einschränken wollen, müssen wir inländisches Arbeitskräftepotenzial abrufen. Mit der Individualbesteuerung hätten wir bis zu 60 000 mehr Frauen im Arbeitsprozess. Und auch die Renteninitiative mit der Erhöhung auf 66 senkt die Zuwanderung gemäss einer Studie um rund 23 Prozent.

Binder: Ich hatte immer Sympathien für ein höheres Rentenalter. Aber mit einer klaren Bedingung: Die Wirtschaft muss in die Verantwortung für die älteren Arbeitnehmer und sie halt dann nicht schon mit gefühlten 50 Jahren auf die Strasse stellen. Betreffend Zuwanderung möchte ich aber schon noch erwähen, was mir persönlich grössere Sorgen macht als das klassische Asylthema. Es geht um zunehmende antidemokratische Bewegungen, welche von Gruppierungen ausgehen, die wir auf naive Weise im Westen tolerieren. Bewegungen, die den Rechtsstaat aushebeln und unsere Demokratien zerstören.

Sie sprechen die islamistischen Bewegungen an.

Binder: Ja, IS, Hisbollah etc. Während wir herumeiern, ob man Hamas nun verbieten soll oder nicht, kommandieren die gleichzeitig aus dem toleranten Westen ihre Terrorakte, nutzen die Freiheit, um sie abzuschaffen, und unseren Finanzplatz für ihre Geldströme. Diesen radikalen Bewegungen muss man endlich das Handwerk legen.

Vor den Wahlen wurde Ihr Alter thematisiert, Frau Binder. Ihre beiden Vorgänger Philipp Müller und Hansjörg Knecht blieben jeweils nur eine Legislatur. Und Sie? Sie sind 69 bei den nächsten Wahlen.

Binder: Für Kontinuität in diesem Amt sind vier Jahre zu wenig. Gerne verpflichte ich mich für acht, wenn ich wiedergewählt werde. Wenn ich schon vom Potenzial älterer Arbeitnehmenden spreche, bringe ich gerne den Tatbeweis.

Sie sind immer noch Präsidentin der Mitte Aargau. Geben Sie dieses Amt bald ab?

Binder: Ich führe die Partei nun acht Jahre und plane jetzt die Stabübergabe.

Wann?

Binder: Anlässlich der Delegiertenversammlung im April.

Herr Burkart, Sie sind auch Ständerat und Parteipräsident. Was werden Sie länger bleiben?

Burkart: Ich hoffe Ständerat.

War 2023 das bisher intensivste Politjahr Ihrer Karriere?

Binder: Das Wahlkampfjahr 2019, aber 2023, kumuliert im zweiten Wahlgang, hat es knapp übertroffen.

Burkart: Die letzten zwei Jahre, seit ich Parteipräsident bin, waren bisher die mit Abstand intensivste Zeit in meinem Leben. Vor allem das Wahljahr jetzt war extrem. Ich hoffe, dass die Belastung etwas zurückgeht. Aber wahrscheinlich werde ich eines Besseren belehrt.

